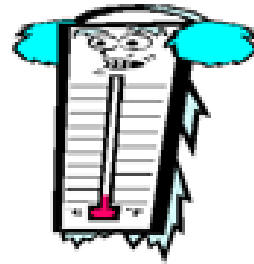


„Politbarometer“

Jörg Baruth

Pfarrer Jörg Baruth schrieb zwischen 1999 und 2004 mehrere Rundbriefe an seine Freunde. Sie stellen einen Überblick über die politische Entwicklung des Landes in diesen Jahren dar. Auf diesem Hintergrund werden die verschiedenen Aufsätze und Artikel leichter verständlich und der Leser bekommt den Kontext zu Gesicht, in dem die Texte von Jörg Baruth entstanden sind.



Rundbrief 2 vom 7. März 1999

... Es ist spannend hier und gerade das vergangene Jahr hat viele Veränderungen für das Leben in Korea gebracht. Die Wirtschaftskrise in Asien, hier ist immer von IMF - Krise die Rede, begann ja bereits Ende 97, die Auswirkungen aber waren dann 1998 deutlich zu spüren. Das Leben ist teurer geworden.

Ein fast unbekanntes Phänomen für Korea ist die Arbeitslosigkeit, die mit der Krise rasch um sich griff. Ein Freund, der in einer der deutschen Firmen in Seoul arbeitet erzählte, seine Firma annonciere freie Stelle über ein kleines Verteilblatt mit recht niedriger Auflage. Früher hätten sich ca. 3-4 Personen auf die Annonce gemeldet. Heute sind es ca. 80 die versuchen den Job zu bekommen. Bei Einstellungsgesprächen umschreiben die meisten Koreaner, dass sie arbeitslos sind. Erst auf gezieltes Nachfragen kann man den Satz dann hören. Gewöhnlich endet der Lebenslauf mit der Bemerkung wo man zuletzt und bis wann gearbeitet hat. Auf die Frage: „Was machen sie jetzt?“, heißt es: „Ich wohne bei meinen Eltern.“ oder so etwas ähnliches.

Diese kleine Episode zeigt, unter welchen Vorzeichen die wirtschaftliche Krise vom „kleinen Mann“ auf der Straße, neben all den existenziellen Begleiterscheinungen, die wir ja auch in Deutschland kennen, „verarbeitet“ wird.

So hat der neue Präsident, Kim Dae Jung, bei seinem Amtsamtritt am 25.2.98 ein schweres Erbe übernommen. Für viele Koreaner, die während der Militärdiktatur für die Demokratie gekämpft hatten, war der Tag seiner Amtsübernahme ein sehr bewegendes Ereignis. Eingeladen zu einer feierlichen Zusammenkunft zu der viele ehemalige Mitstreiter Kim Dae Jungs kamen, die in der Kirche arbeiten, hatte ich den Eindruck, hier feiert eine ganze Generation den Erfolg eines jahrzehntelangen Kampfes.

Der Generalsekretär der PROK, Dr. Park Jong Wha, sagte in seiner Begrüßung: „Ich begrüße sie in einem neuen Land.“ Und er begann seine Rede dann mit dem folgenden Witz:

„Clinton, Jelzin und der chinesische Präsident fahren mit ihren Limousinen. Clinton fährt voran und lässt seinen Fahrer an der nächsten Kreuzung rechts abbiegen. Jelzin wartet, was Clinton macht. Er will ihm folgen, denn Clintons Weg, so Jelzin, ist der Weg zum Leben. Er blinkt nicht und biegt, Clinton folgend, nach rechts ab. Auch der chinesische Präsident denkt wie Jelzin. Allerdings weist er seinen Fahrer an: Links blinken und rechts abbiegen. Kim Dae Jung blinkt nach beiden Seiten und fährt gerade aus“, so setzt Dr. Park diesen Witz fort. „Er fährt in Richtung Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie.“

Rev. Kim Dong Wan (General Secretary NCCK) sprach davon, dass dieses Datum ein neuer Anfang nach 50 Jahren ist. Und er fuhr fort: „Wir würden sie gern wieder hier sehen zur Feier der Wiedervereinigung für die wir jetzt Ihre Gebete brauchen. Ich hoffe, Sie unterstützen uns jetzt, wo wir durch die IMF-Krise gehen.“

Seitdem ist ein Jahr vergangen. Kim Dae Jung hat währenddessen viele Zeichen gesetzt und versucht Reformen auf den Weg zu bringen. Gerade sind 8.812 Gefangene zum Jahrestag seiner Amtseinführung entlassen worden. Unter ihnen 17 politische Langzeitgefangene, alle mit lebenslangen Strafen wegen Spionage für den Norden. Einer dieser Gefangenen saß 41 Jahre hinter Gittern.

Beeindruckend für mich ist seine Politik Nordkorea gegenüber, die darauf ausgerichtet ist, mit vertrauensbildenden Maßnahmen Brücken zu bauen zwischen den Menschen beider Länder. Das ist sicher nicht einfach, wenn man sich klar macht, welche Politik die USA Nordkorea und die nordkoreanische Regierung dem Süden gegenüber führen, aber bitter nötig, wenn man hört, dass viele der älteren Generation der Südkoreaner immer noch von den Feinden spricht, wenn sie über Nordkorea reden. Andererseits ist es gerade diese Generation, die sich die Einheit sicher am stärksten wünscht, denn es sind ja ihre Schwestern und Brüder von denen sie getrennt leben.

Es gibt inzwischen ein Touristenprojekt, das Hyundai organisiert. Südkoreaner können per Luxusliner über das Japanische Meer nach Nordkorea reisen und dort den Mt. Kungang besuchen. Das ist sicher nur ein erster kleiner Schritt der Annäherung, aber doch auch ein Zeichen dafür, dass etwas in Bewegung gerät. Und reisen bildet nicht nur, es verbindet auch, wie wir aus unserer eigenen Geschichte in Deutschland wissen.

Veränderungen ließen sich noch viele aufzählen, u.a. Privatisierung von zwei großen Banken, die rote Zahlen schrieben, Druck auf die Chaebols zur „Gesundschumpfung“ ihrer unwirtschaftlichen und durch Korruption undurchsichtigen Strukturen, Prozesse in Fällen von Bestechungsskandalen, Vorbereitung zur Einführung einer Reform des Gesundheits- und Krankenversicherungssystems, der Versuch staatliche Regularien gegen die Arbeitslosigkeit einzuführen usw.. Der Präsident hat sich nach einem Jahr im Fernsehen öffentlich den Fragen seiner Landsleute gestellt. Meine Lehrerin meinte

auf meine Frage hin, er hat das mit überzeugendem Sachverstand und einer gehörigen Portion Humor getan und die Mehrheit der Koreaner ist der Meinung, dass das Schicksal des Landes bei ihm in den richtigen Händen liegt.

Natürlich gibt es auch Stimmen, die sagen, dass Reformprogramm greift noch nicht wie erwartet und erwünscht. Es existiert die Angst, dass die Reformen sich an dem versteinerten System der altgedienten Staatsbürokraten wundlaufen, von denen natürlich noch viele in entscheidenden Positionen sitzen, und dass dadurch die Reformen an Kraft verlieren könnten. Gleichzeitig gibt es auch die Furcht, Kim Dae Jungs Regierung könnte wie die Regierungen zuvor seine Macht dazu benutzen, um im Interesse der eigenen Partei und auf Kosten der notwendigen Reformen die eigenen Machtpositionen auszubauen, solange seine Partei am regieren ist. Aber das ist schließlich kein koreanisches, sondern ein Problem der Politik, das wir in Deutschland auch kennen.

Rundbrief 3 vom 7. Oktober 1999

... Innenpolitisch ist in den vergangenen Wochen auch einiges verrückt worden. Die Regierungspartei bemüht sich um die Erneuerung der Partei. Sie will auch Menschen außerhalb des traditionellen Wählerspektrums in die aktive Politik einbeziehen. Das lässt einige der Alt-Abgeordneten unruhig auf ihren angestammten Sitzen hin und her rutschen.

Altpräsident Kim Young Sam gab seine Ambitionen bekannt, politisch wieder aktiv zu werden. Damit gelang ihm etwas, was Politikern nur in Sternstunden gelingt. Er verursachte bei Regierung und Opposition eine übereinstimmende Reaktion. Mann/Frau war irritiert.

Wirtschaftlich geht es bergauf. Die Prognosen für die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes liegen derzeit bei 7-8%. Der IWF meint, nächstes Jahr wären 5% erreichbar. Trotzdem spekulieren manche mit einer neuen Finanzkrise, die uns im November beehren könnte. Dann hat Daewoo erhebliche Zahlungsverpflichtungen im Terminkalender stehen, was bei einer geschätzten Gesamtverschuldung von 50 Mrd. US-\$ schon zu „kleinen“ Engpässen führen könnte.

Die offizielle Arbeitslosenquote betrug 5,7% (Mai 6,4%) und die Löhne sind im ersten Halbjahr, besonders in größeren Firmen, nach Angaben des Arbeitsministeriums um real 7% gestiegen. Gestiegen ist auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften, von 12,2% auf 12,6%, weil es eine neue Gewerkschaftsgruppe gibt, und zwar die der Lehrer.

Rundbrief 4 vom Januar 2000

Niemandes Geisteszustand ist ganz auf der Höhe, alle scheinen verrückt zu werden. Wem kannst du glauben? Ich traue keinem mehr. Wer ruft hier wessen Namen?

Wie rein ist deine Weste, der du verurteilst? Du und ich, wir unterscheiden uns nicht, es gibt nichts, außer Snobs in dieser Welt. Verändere, verändere, verändere, verändere alles. Verändere, verändere, verändere, verändere deine Liebe. Verändere, verändere, verändere, verändere diese unehrliche Welt. Verändere, verändere, verändere, verändere die ganze Welt.

Dieser Pop Song, der hier sehr populären Techno Sängerin Lee Jung Hyun, könnte als Barometer für die Beurteilung der kommenden Wahl herhalten. Sowohl aus dem Regierungs-, als auch aus dem Oppositionslager lecken sich potentielle Kandidaten die Finger nach diesem Song, um ihn für den eigenen Wahlkampf auszuschlachten. Allerdings hat der Autor, als Mitglied der Citizens' Alliance for 2000 General Elections (CAGE) verfügt, dass Politiker, die auf der schwarzen Liste stehen, nicht das Copyright erwerben können. Das Gleiche gilt für weitere 30000 Songs, deren Autoren in dieser Bürgerbewegung mitarbeiten.

Diese Blacklist sorgt hier seit einigen Wochen für Wirbel. Ein Bündnis von Bürgerinitiativen, hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Koreanern vor der Wahl die Augen zu öffnen. Den Anfang machte die NGO Citizens Coalition for Economic Justice CCEJ mit einer Liste mit 164 Personen, es folgten zwei Listen der Citizens Alliance for General Elections" mit 66 und 47 Personen, die beiden Gewerkschaftsdachverbände planen eigene Listen, eine weitere NGO namens "Political Watch" benannte 89 Politiker als "nicht geeignet", auch der Unternehmerverband hat eine Liste erstellt. Die Wahlkommission erachtet diese Praxis als illegal. Nachdem aber die öffentliche Meinung so entschieden positiv ist und Präsident Kim Dae Jung die Aktion unterstützt, bleibt sie ohne Sanktionen.

Koreas Top Catholic Leader gab President Kim Dae Jung's regierender Partei den Rat, sie müsste jedes Opfer bringen, einschließlich in der Parlamentswahl am 13. 4. 2000 zu unterliegen, um zu gewährleisten, dass die Wahlen frei von Korruption und transparent erfolgen. „Die politische Situation wird zunehmend schwieriger, wenn die Wahlen nicht in einer fairen und durchschaubaren Weise erfolgen“, sagte Stephen Kardinal Kim Sou Hwan. (Korea Herald 7.2.2000)

Egal ob Regierungs- oder Oppositionsmitglied, die Wahl von Politikern, die von den NGO's als korrupt oder / und unfähig beurteilt wurden, soll verhindert werden. Ja, deren Parteien sollen schon im Vorfeld der Wahlen gezwungen sein, solche Blacklist-Kandidaten überhaupt nicht für die Wahl zu nominieren und schon gar nicht, wie lange Zeit üblich, hinter den abgepolsterten Hintertüren der Parteien. Auf diese Weise soll der Parteiensumpf soweit als möglich, bis April, trockengelegt werden.

Im Januar erfolgte die Umwandlung der Regierungspartei National Congress for New Politics zur "Millennium Democratic Party" MDP. Kim Dae Jung ist Vorsitzender der Partei, die sich nur in Nuancen von der alten Regierungspartei unterscheidet. Die Partei will sich jugendlicher und offener gegenüber Quereinsteigern in die Politik zeigen. Zur Zeit "stehen die Aktien" für die Regierungspartei nicht sehr gut. Nachwahlen in zwei Wahlbezirken am 9. Dezember endeten beide mit einem klaren Sieg der Oppositionspartei. Ein neues Pflänzchen auf der Parteienwiese Koreas ist die Democratic Labor Party (DLP) mit dem früheren Journalisten und

Gewerkschaftsführer Kwon Young Gil an der Spitze. Die Partei wird von den beiden großen Gewerkschaften unterstützt und wird bei den kommenden Wahlen ein Wörtchen mitreden.

Während der Präsident am Jahresende erneut eine grosse Amnestie verkündete, kritisierte die Korea Bar Association laut Zeitungsberichten, dass "people could not feel much better about the human rights situation under the government of President Kim Dae Jung than that of past regimes". Rund 30% der Abgeordneten des Parlamentes unterstützen die Abschaffung der Todesstrafe (seit Amtsantritt Kim Dae Jungs wurde keine Todesstrafe vollstreckt). Die parlamentarische Behandlung eines Menschenrechtsgesetzes, welches die Grundlagen einer Menschenrechtskommission bestimmt, wurde wegen unüberbrückbarer Meinungsgegensätze betreffend der institutionellen Verankerung auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch die geplante Reform des nationalen Sicherheitsgesetzes wurde verschoben.

Kim Dae Jung hat in einer Kabinettsitzung Anfang Februar dieses Jahr als erstes zum Kampf gegen die Armut erklärt. Auch soll der Geltungsbereich der Arbeitslosenversicherung weiter ausgeweitet werden. Die Arbeitslosenquote betrug Ende November 4,4%, im Februar 1999 waren es noch 8,6%.

Rundbrief 5 vom August 2000

Die **16. Parlamentswahl** im Mai erbrachte folgendes Ergebnis:

Die Oppositionspartei Grand National Party wurde mit 133 Sitzen und damit 48,7% der Sitze stärkste Partei. Die Regierungspartei Millennium Democratic Party MDP erhielt 115 Sitze, das sind 42,1% der Sitze. Die konservative Oppositionspartei United Liberal Democrats, die bis Februar des Jahres eine Koalition mit Kim Dae Jungs Partei bildete, errang 17 Sitze (6,2%). Die restlichen 8 Sitze gingen an die Democratic People's Party DPP (2 Sitze) und unabhängige Kandidaten. Damit fehlen der Regierungspartei 22 Sitze zur absoluten Mehrheit. Trotzdem hat die Partei Kim Dae Jungs seit 1996 ihren Anteil an der Gesamtzahl der Sitze von 26,4% auf 42,1% ausbauen können. Die Wahlbeteiligung lag bei 57,2%, vor vier Jahren hatte sie noch bei 63,9% gelegen.

Diese Parlamentswahl wurde entscheidend durch Aktionen der Nichtregierungsorganisationen geprägt, die im Januar Listen von Politikern veröffentlichten, von deren Nominierung und Wahl abgeraten wurde, da sie "unfit" für das Amt des Abgeordneten seien. Zunächst veröffentlichte die NGO Citizens' Coalition for Economic Justice eine Liste von 164 Kandidaten, gefolgt von der Citizens' Alliance for General Elections CAGE mit einer weiteren Liste, die erheblichen Wirbel verursachte.

Die Wahlergebnisse zeigten, dass die Kampagne den betroffenen Personen massiv geschadet hat. Nach Umfragen im März wollten 60% der Bevölkerung keine Personen wählen, die von NGO's als "unfit" deklariert wurden.

Die Kritik an den Vereinbarungen Südkoreas mit den USA über die Rechte der amerikanischen Streitkräfte (Status of Force Agreement, *SOFA*) nahm zu. Bis heute aber versichern die USA und Südkorea, dass an der Präsenz der Truppen in der jetzigen Form und im jetzigen Umfang festgehalten werden soll.

Der **Wechselkurs** gegenüber dem Dollar lag am 12. August bei 1.115,40 Won per US-\$. Der IWF erwartet ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 8-8,5%.

Im Juni **streikten** Metall- und Krankenhaus-**Gewerkschaften**, um die Arbeitgeber zu Lohnzugeständnissen und die Regierung zu Zugeständnissen bei der Absenkung der gesetzlich festgelegten Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden zu bewegen. Die Regierung wird nach Aussagen des Ministers für Arbeit im September ein Gesetz im Parlament einbringen, welches die 5-Tage-Arbeitswoche vorsieht.

DAS EREIGNIS aber war das Gipfeltreffen in Nordkorea, auf dem folgende Vereinbarung getroffen wurde:

1. Beide Seiten stimmen überein, die Frage der Wiedervereinigung in Unabhängigkeit zu lösen.
2. Beide Seiten stimmen überein, dass die Gemeinsamkeiten des von Nordkorea vorgelegten Wiedervereinigungsmodells einer Föderation und des von Südkorea vorgelegten Modells einer Konföderation eine Grundlage für die gemeinsam angestrebte Wiedervereinigung bietet.
3. Beide Seiten wollen humanitäre Fragen einschliesslich der Zusammenführung der Familien und der Repatriierung von ehemaligen politischen Gefangenen bald möglichst lösen. Am 15. August soll ein Konzept vorliegen.
4. Nord und Süd fördern wirtschaftliche Kooperation und wollen Vertrauensbildung durch Kooperation in sozialen, kulturellen, sportlichen und Umweltbereichen bewirken.

Kim Jong Il nahm die Einladung zu einem Besuch in Südkorea an. Sooft man jetzt die Zeitung aufschlägt, findet man Hinweise auf neue kleine Schritte, die der Annäherung beider Staaten dienen und für die „sunshine“ Politik Kim Dae Jungs sprechen.

Das gegenseitige Feindbild verschwindet nach und nach aus den Medien. Das nationale Sicherheitsgesetz wird voraussichtlich in wesentlichen Punkten geändert, das Treffen der Staatsführer wäre nicht vereinbar mit der Fortführung der intensiven Überwachung und Kriminalisierung jeglicher Kontakte mit Nordkorea.

Zur Zeit (Mitte August) sind die Zeitungen voll mit Berichten zur geplanten Familienzusammenführung vom 15.-18. August (Tag der Beendigung der japanischen Kolonialherrschaft, Feiertag in Südkorea). Die Tage bis zum 15.8.00 werden gezählt wie wir als Soldaten die Tage bis zur Entlassung gezählt haben.

„Reunion D(ay) minus 3“

Noch immer gibt es sieben Millionen Südkoreaner mit Verwandten in Nordkorea, zu denen bisher jeglicher Kontakt verboten war. Am 15. August werden jeweils 100

Familienangehörige nach Pyongyang und Seoul reisen, begleitet von je 51 Offiziellen.

Zum ersten Mal trafen sich Nord- und Südkoreas Außenminister im Juli in Bangkok und versprachen in internationalen Angelegenheiten zu kooperieren. Im Juli konnte der südkoreanische Botschafter in China seinen nordkoreanischen Kollegen im Botschaftsgebäude besuchen. Das war ebenfalls ein Novum, bislang hatte kein südkoreanischer Botschafter im Ausland eine nordkoreanische Botschaft betreten. Es gibt viele solcher Meldung. Übrigens hat Kim Jong Il den Papst zu einem Besuch in Nordkorea eingeladen.

Rundbrief 6 vom Januar 2001

Die Untersuchungen zum Massaker in Nogunri (Juli 1950) sind beendet. Die USA und Südkorea haben sich auf die Version geeinigt, dass es im Verlauf des Krieges zu einem fatalen Unglück kam. Die amerikanischen Soldaten hätten aus Furcht vor unter den Flüchtlingen versteckten nordkoreanischen Soldaten auf wehrlose Menschen geschossen. Präsident Clintons Statement ist hier umstritten und bleibt auf alle Fälle hinter den Erwartungen der Betroffenen zurück. Beide Seiten haben m. E. einer Art gentle agreement zugestimmt, das die weitere Präsenz der USA in Korea regelt. Für die Amerikaner ist Südkorea ein unaufgebbarer Stützpunkt für ihre Streitkräfte und Südkorea fühlt sich durch die amerikanischen Truppen in seinem Sicherheitsbestreben unterstützt. Die Bevölkerung empfindet die Stationierung zunehmend so, wie die Menschen in der ehemaligen DDR die russische Armee gelitten haben. Die Truppenstärke der Amerikaner in Südkorea beträgt z. Z. 35038 Mann. Südkorea zahlte für diese Truppen von 1996-2000 ca. 3-3.5 Mrd. US\$.

Der **Wechselkurs** gegenüber dem Dollar lag am 20.01.01 bei 1272 Won per US-\$.

Mit großer Spannung wird der Besuch Kim Jong IIs erwartet. In den Zeitungen gibt es regelmässige Spekulationen, wann er denn nun kommen mag. Kim Jong Il hat in verschiedenen Verlautbarungen Anfang des Jahres die Formulierung **„neues Denken“** benutzt. Experten meinen, man könnte aus dieser Formulierung heraushören, dass Reformmaßnahmen in Sicht sind. In der nordkoreanischen Zeitung Rodong Sinmun vom 4.1. 01 wird er folgendermaßen zitiert: „Wir sollten konsequent darauf hinarbeiten die Landschaft zu erneuern, statt an der festzuhalten, die in der Vergangenheit geformt wurde.“ Die gleiche Zeitung titelt am 10.01.01: „Mutiger, schneller, höher“. Abgesehen von den faden Parolen hat es allen Anschein, dass Kim Jong Il von Chinas ausgewogener Kombination von sozialistischer Ideologie und kapitalistischer Ökonomie lernen will, um sein Land aus den ökonomischen Schwierigkeiten zu steuern. Der Norden hat für 2001 deutlich seine Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die Entwicklung ist spannend. Nach meinen Gesprächen mit Norbert Vollertsen bleibt unterschwellig die Frage: Hat Kim Jong Il die Hardliner unter den Militärs in der Hand oder ist es umgekehrt?

Spannungsvoll geht es auch innenpolitisch in Südkorea zu. Kim Dae Jung ist zu

Reformen in der Regierung und der Regierungspartei gezwungen. Seine Popularität sank Mitte Dezember auf den Tiefststand von unter 40%. Die Ursachen sind vielfältig. Im vergangenen Jahr die fortdauernden Streiks der Ärzte, wegen der neuen Arzneimittelverordnung, Korruptionsskandale und der Vorwurf bei der Ernennung von Beamten regionalen Vorurteilen zu folgen, nagen am positiven Image von einst. Die Opposition nutzt die Lage und macht Stimmung gegen die „sunshine policy“, indem sie beklagt, der Präsident würde zu viele Zugeständnisse an den Norden machen und keine Gegenleistungen einklagen. Einer dieser wunden Punkte ist z.B. die Rückkehr von Langzeitgefangenen im August nach Nordkorea. Bis heute ist dagegen nicht über die Rückkehr von südkoreanischen Kriegsgefangenen, entführten Südkoreanern und südkoreanischen Spionen verhandelt worden. Die kommenden 6 Monate werden außerdem entscheiden, ob sich die koreanische Wirtschaft wirklich erholt hat, oder ob es zu einer weiteren Krise kommt. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosigkeit auf den gegenwärtig 3% zu halten.

Trotzdem wird für viele College- und Uni-Abgänger zum Ende des Wintersemesters der Alptraum der Arbeitslosigkeit bittere Wirklichkeit werden. Von 214.498 Abgängern der beiden letzten Semester haben nur 48% einen Job gefunden. Hyundai Motor hat 40.000 Bewerbungen für 600 ausgeschriebene Stellen erhalten.

Die PROK hat Ende Dezember einen offenen Brief an Präsident Kim Dae Jung geschrieben. Darin wird die Sorge des Volkes beschrieben, die zunehmende Erwartungs- und Hoffnungslosigkeit beklagt und die fälligen Reformen eingefordert. Er schließt mit 5 Forderungen:

1. Stopp des geplanten Denkmalbaues für den früheren Präsidenten Park Jung Hee und der damit verbundenen Schönrederei seine Person betreffend.
2. Aufklärung des Polizeieinsatzes in der Hanshin Universität.
3. Endliche und konsequente Anwendung des Antikorruptionsgesetzes zur Ausrottung der Korruption, die auch unter der jetzigen Regierung weiterhin existiert.
4. Zukünftig nur noch wirklich reformwillige Personen in politische Ämter zu berufen.
5. Einleitung überfälliger ökonomischer Reformen und Kampf gegen den größer werdenden Abstand zwischen arm und reich.

Ein zweiter Brief des Synodalpräsidenten der PROK titelt: „3 Jahre Regierung – so geht es nicht weiter“. Der PROK wurde lange vorgeworfen zu regierungsnah zu sein. Beide Briefe zeigen, dass der Vorwurf unberechtigt war oder die PROK zu ihrer alten Form zurückfindet, eine gesellschaftskritische und -engagierte Kirche zu sein, die den Finger auf die wunden Punkte der Gesellschaft legt und die sich zum Anwalt der Schwachen macht.

Rundbrief 7 vom 15. Juli 2001

Aus dem immer etwas persönlicher gehaltenen Vorwort:

Liebe Freunde,

Südkorea war in diesem Frühjahr von der schlimmsten Trockenperiode seit 100 Jahren betroffen und die Landwirtschaft in einem sehr kritischen Zustand. In den Monaten März bis Mai sind nur 10% der durchschnittlichen Regenmenge gefallen, ca. 8173 ha Ackerland litten unter zu wenig Wasser. Bauern konnten dadurch auf 4476 ha keinen oder erst viel zu spät Reis pflanzen. Inzwischen hat die Regenzeit Einzug gehalten. Seit gestern regnet es ununterbrochen und so heftig, dass U-Bahnen auf einigen Linien wegen Wassereinbrüchen zeitweise nicht mehr verkehren.

Vergleichbare "Einbrüche" hatte die Regierung in den letzten Monaten hinzunehmen. Die Zustimmungsrates zur Politik von Präsident Kim Dae Jung ist von 83% im Juni 2000 auf 39,6% Anfang Mai diesen Jahres gesunken. Verantwortlich dafür, so heisst es, sind politische Versäumnisse und die schwierigen ökonomischen Verhältnisse. Das viele dieser Versäumnisse aus einer Zeit stammen, die lange vor dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten lag, wissen viele nicht oder wollen es nicht wissen. Eines dieser schon jahrelang schwelenden Probleme ist der Umgang der koreanischen Gesellschaft mit den im Ausland angeworbenen Arbeitskräften. Der Artikel auf Seite 2 versucht das Problem zu beschreiben.

Um ein wenig die Stimmung im Land wiederzugeben, habe ich auf Seite 9 einen Protestbrief des Joint Committee for Migrant Workers in Korea (JCMK) an den Präsidenten übersetzt, der im Zusammenhang mit einer Regierungsmaßnahme im Juni 2001 gegen nicht registrierte Arbeitsmigranten steht.

Der Norden eröffnete mit 14 Ländern diplomatische Beziehungen und normalisierte sein Verhältnis zu fast allen EU Ländern. Nach wie vor jedoch scheinen die Verhältnisse im Land alles andere als normal zu sein. Schätzungen besagen, dass einer von drei Nordkoreanern von internationalen Nahrungsmittellieferungen abhängt. Nach einem Bericht vom `World Food Program` hat die nordkoreanische Regierung die pro Kopf Nahrungsmittelration von 300-400 g auf täglich 200 g reduziert. China, als langjähriger Verbündeter, hat seine Hilfe drastisch zurückgefahren. In den ersten 10 Monaten des letzten Jahres flossen ca. 12,67 Mill \$ an Hilfeleistungen, während es 1999 noch 48 Mill \$ und 1998 32 Mill \$ waren. Dagegen unterstützte Südkorea im vergangenen Jahr die DPRK mit Reis und Getreide im Wert von 90 Mill \$. Trotz strengster Strafen fliehen die Menschen unter diesen Bedingungen über die Grenze nach China. Der Artikel auf Seite 5 berichtet über ein ganz persönliches Schicksal und gibt einen Überblick zur gegenwärtigen Situation, soweit Fakten zugänglich sind.

Die "Sonnenscheinpolitik" von Präsident Kim Dae Jung ist seit dem Amtsantritt von Präsident Bush durch die Nordkoreapolitik der USA überschattet. Südkorea ist zum Abwarten verurteilt und Nordkorea reagiert mit Provokationen, Drohungen und indem es sich aus geplanten Projekten zurückzieht. So hat das nordkoreanische Fernsehen z.B. den koreanischen Verteidigungsminister Kim Dong Shin einen

„Kriegshetzer“ genannt. Die interkoreanischen Gespräche, die für den 13.3.01 vereinbart waren, wurden wenige Stunden vor Beginn abgesagt. Es folgte der Widerruf der gemeinsamen Tischtennis-Mannschaft für internationale Kämpfe u.a.m. Das Gipfeltreffen im Juni 2000 hatte viele positive Kräfte in beiden Ländern freigesetzt, u.a. erhöhte sich der innerkoreanische Handelsaustausch innerhalb des vergangenen Jahres um 28% im Vergleich zum Vorjahr. Offensichtlich war den Amerikanern das Tempo der Annäherung auf der koreanischen Halbinsel jedoch zu schnell.

Außenpolitisch sind die bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Korea durch die Veröffentlichung eines neuen japanischen Schulbuches belastet, das die dortige Regierung am 3.4.01 zur Verwendung an Junior Highschools ab April 2002 freigegeben hatte. China, Nordkorea, Taiwan und andere asiatische Staaten protestieren ebenfalls gegen die verzerrte Geschichtsdarstellung der Japaner. In Korea hat sich dazu eine Allianz mit dem Namen „National Campaign Headquarters to Deter Japan's History Textbook Distortion“ gebildet. Ihr gehören folgende Organisationen an: Das Institute for Research in Collaborationist Activities; Tokdo Guardians; Korean Council for Redress and Reparations for the Victims of World War II Atrocities; Korean Council for Comfort Women; Institute for Korean Historical Studies; Korean Researchers and Educational Worker's Union.

Der koreanische Botschafter in Japan wurde aus Protest im April für mehrere Tage nach Korea zurück gerufen. Außenminister Han Seung Soo übergab am 8. Mai 01 dem japanischen Botschafter ein Schreiben der koreanischen Regierung, in dem gefordert wird, dass 35 Passagen des geplanten Schulbuches überarbeitet werden. Erst 1998 nach dem Besuch Präsident Kims in Japan wurde der Bann, der auf japanischen Kulturgütern lag, gelockert. Ende Mai 2001 äußerte Kim Dae Jung: „Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese guten japanisch-koreanischen Beziehungen wegen des Problems mit dem Geschichtsbuch Schaden nähmen.“ Anfang Juli hat Seoul die für diesen Herbst angekündigten Erweiterungen zurück genommen. „Die Textbücher untergraben die freundlichen Beziehungen zwischen beiden Nationen“ sagte Minister Kim Han Gil. Das Problem soll nun auf der Konferenz der UN in Durban, Südafrika (31.8.-7.9.01) zu Fragen der Rassendiskriminierung zur Sprache gebracht werden, Ende September zur UN Generalversammlung und im Oktober während einer UN Konferenz zu Fragen von Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Der japanischen 'Society for History Textbook Reform' wird vorgeworfen, in den acht Textbüchern den sexuellen Missbrauch von 200.000 Frauen aus Korea, den Philippinen u.a. Ländern zu verschweigen. Sie beschönigt in den Büchern die japanische Invasions- und Expansionspolitik während des 2. Weltkrieges. Nach dieser Darstellung wird z.B. behauptet, dass Japan durch den Krieg im Pazifik den asiatischen Nationen geholfen hat sich von der langjährigen westlichen Kolonisation zu befreien.

Innenpolitisch spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und führenden Zeitungshäusern zu. Eine umfassende Steuerprüfung (1000 Mitarbeiter der Steuerbehörde prüften 130 Tage lang 23 Firmen) führte u.a. zu Anzeigen und hohen Steuernachforderungen an die führenden Zeitungsverlage Donga Ilbo, Chosun Ilbo, Joong-Ang Ilbo. Die Regierung führt die Notwendigkeit einer

Medienreform und die Beachtung der Steuergesetze ins Feld. Die Zeitungen werfen der Regierung eine Kampagne gegen regierungskritische Medien vor. Eine Journalistengruppe, deren Mitglieder zur Zeit der Militärdiktatur mit Berufsverboten mundtot gemacht worden waren, protestierte gegen die Darstellung der betroffenen Medien.

Die Polizei ist mit brutaler Gewalt und ohne Recht und Gesetz zu achten gegen Daewoo-Gewerkschafter vorgegangen. Die Bilder und Berichte ließen Erinnerungen an die Zeit der Militärdiktatur lebendig werden. Präsident Kim Dae Jung distanzierte sich zwar von der Gewalt, folgte aber nicht den Forderungen nach Entlassung des Polizeipräsidenten.

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes im ersten Quartal lag bei 3,7%, im gleichen Zeitraum im Vorjahr waren es 12,6%. Die Arbeitslosenquote sank im Mai auf saisonbedingte 3,6%, seit Dezember 1997 ist dies der niedrigste Wert. Das Durchschnittseinkommen in einer städtischen Arbeiterfamilie stieg im 1. Quartal 2001 um 9,8% verglichen zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit standen diesen Haushalten durchschnittlich ein Einkommen von 2,58 Mill Won zur Verfügung. Die monatlichen Ausgaben beliefen sich auf 2,06 Mill Won.

Trotz Protesten aus der Geschäftswelt wurde die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes auf 90 Tage im Parlament verabschiedet. Am 5.3.01 hat die Regierung ein Abkommen ratifiziert, dass ausländischen Arbeitern bei arbeitsbedingten Unfällen die gleichen Entschädigungsleistungen zusichert, wie einheimischen Arbeitern. Koreanische Arbeiter und ihre Familien können gegenwärtig bei Arbeitsunfällen und tödlichen Arbeitsunfällen Entschädigungen von der Labor Welfare Corporation erhalten.

Rundbrief 8 vom Januar 2002

"Die USA muss **Nordkorea** erlauben das Gesicht zu wahren.", so appellierte Präsident Kim Dae Jung an die amerikanische Regierung auf seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr. Er rief die Amerikaner auf ihren politischen Kurs zu ändern, um die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen beiden koreanischen Staaten zu unterstützen. Die unnachgiebige und von Misstrauen geprägte Haltung der USA ist wohl die wesentlichste Ursache für die Stagnation der Verhandlungen auf der koreanischen Halbinsel im Jahre 2001 und wird sicher zu den Gesprächsthemen beim dreitägigen Bush Besuch im Februar in Seoul gehören. Seitdem die innerkoreanischen Gespräche auf ministerieller Ebene Anfang November ergebnislos abgebrochen wurden und es nicht einmal zu einer Vereinbarung eines Termins für das nächste Treffen kam, sind sämtliche Austauschprogramme und Gespräche eingestellt.

Kim hat für 2002 die folgenden Ziele für seine Nordkoreapolitik benannt:

1. Wiederverbindung der Eisenbahnlinie Seoul-Sinuiju;
2. Bau eines großen Industriekomplexes in der nordkoreanischen Stadt Kaesong;
3. Eröffnung einer Reiseroute über Land zum Mount Kuemgang;

4. Wiedervereinigung von Familien, die bereits über Jahrzehnte getrennt sind;
5. Vertrauensaufbau im militärischen Bereich.

Nordkorea hat vorgeschlagen Mt. Kuemgang Touristen zwischen April und Juni 2002 zusätzlich den Besuch Pyongyangs zu erlauben. In dieser Zeit findet das Arirang Festival aus Anlass des 90. Geburtstages Kim Il Sung's statt.

Bis 30. Dezember 2001 waren 570 Nordkoreaner in den Süden geflüchtet, 2000 waren es 312; 1999 148 und 71 in 1998. Insgesamt haben seit dem Koreakrieg (1950-53) 1734 Nordkoreaner den Schritt in den Süden gewagt. Die Aufnahmekapazitäten der Einrichtungen, die für den ersten Anfang dieser Flüchtlinge in Südkorea vorbereitet sind, sind hoffnungslos überlastet.

Seit 15.1.2002 hat Deutschland wieder eine Botschafterin in Pyongyang.

Der Jahresanfang in Korea war ganz vom bevorstehenden **World Cup** geprägt. So erinnerte die Fernsehübertragung zu Silvester um Mitternacht eher an die Eröffnung des Fußballereignisses, als an die Begrüßung des Jahres 2002. Der World Cup wirft schon lange seine Schatten voraus. Obwohl die meisten FIFA Offiziellen meinten, dass Südkorea keine neuen Stadien benötigt hätte, hat sich das Land den Neubau von 10 Fußballstadien für die Spiele 2 Mrd. US\$ kosten lassen. Dahinter steckt der Ehrgeiz besser zu sein als Mitausrichter Japan und wohl auch die Liebe zu den Superlativen. Das Eröffnungsspiel im größten Fußballstadion Asiens (64677 Plätze), wird in Seoul ausgetragen.

Beide Regierungsoberhäupter haben in der Silvesterübertragung ihren Willen ausgedrückt, gemeinsam alles zu tun, um dieses sportliche Ereignis zu einem Erfolg werden zu lassen. Anfang Januar erlaubt Japan Koreanern einen visafreien Aufenthalt von 30 Tagen in Japan. Und der japanische Premier Koizumi sagte: *"Auch ich werde mich in diesem Jahr um die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen bemühen."* Südkorea erwägt außerdem den World Cup zu nutzen, um das Band zum Norden weiter zu knüpfen. Es existiert die Idee, nordkoreanische Fußballspieler für die eigene Mannschaft zu gewinnen, um die Chancen Südkoreas zu erhöhen unter den 16 Finalisten spielen zu können.

Ende November entschied das Verfassungsgericht, dass das im Jahre 1999 verabschiedete Gesetz, welches den **Aufenthaltsstatus von Auslandskoreanern** regelt, verfassungswidrig ist und bis Ende 2003 überarbeitet werden muss. Das Gesetz benachteiligt Koreaner, die vor der Staatengründung im Jahr 1948 Korea verließen. 23 Abgeordnete haben jetzt eine Gesetzesvorlage eingereicht, wonach alle ethnischen Koreaner das Recht auf Einreise, Besitz und wirtschaftliche Aktivitäten haben, egal welcher Nation sie angehören. Schätzungsweise leben 5,6 Millionen ethnische Koreaner im Ausland. Davon werden 2,55 Millionen überwiegend in China und Russland lebende Koreaner durch das z. Z. existierende Gesetz diskriminiert.

Ethnische Koreaner aus China z.B. zahlen bis zu 10 Millionen Won an einen Broker, um nach Korea zu kommen. Kein Wunder, dass 90% aller verlorenen ausländischen Pässe in China Koreanern gehören. Man geht davon aus, dass diese Pässe bei

Menschenschmugglern landen und u.a. für die illegale Einreise nach Korea genutzt werden.

Korea hat die längste Arbeitszeit unter den Mitgliedern der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD). Im Jahr 2000 haben Koreaner im Durchschnitt 49,3h gearbeitet. (Zum Vergleich: Japaner 43,7h; US Amerikaner 41,6h; Kanadier 38,9h; Australier 38,6h.) Die südkoreanische Regierung will nun ab Juli 2002 die hier umstrittene **5 Tage Arbeitswoche** einführen. Begonnen wird damit im Finanz-, Versicherungs- und öffentlichen Sektor, sowie in Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Ab März 2003 werden die Schulen dieses System übernehmen. Hinter dieser Regelung steht das Bestreben die offizielle Arbeitszeit von 44h auf 40h pro Woche zu reduzieren. Schrittweise eingeführt, soll diese Regelung bis 2010 in der gesamten Gesellschaft gelten. Geplant ist ein bezahlter Jahresurlaub für Arbeiter von 18-22 Tagen. Die Firmen müssen nicht wie bisher ihren Angestellten ungenutzte Feiertage und Urlaubstage vergüten.

1997 hatte das Land 13,5 Mrd. US\$ beim **IMF** geliehen. Die Bank von Korea gab Ende August 2001 bekannt, dass die letzten 140 Millionen US\$ zurückgezahlt wurden. Damit hat Korea seine Schulden drei Jahre vor dem ursprünglich festgelegten Termin abbezahlt. IMF Chef Köhler sprach in diesem Zusammenhang von einem "Meilenstein".

Die Arbeitslosenrate im September 2001 war die niedrigste seit der Finanzkrise im November 1997. (damals 2,6%) Sie lag bei 3% bzw. 684.000 Arbeitslosen. (November 2001 3,2%) Insgesamt gibt es 21.797 Millionen Beschäftigte in Korea. Trotzdem ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt. So haben beispielsweise bis zum Jahresende 43% der 210.000 Universitätsabsolventen im Jahr 2001 keinen Arbeitsplatz finden können.

Rundbrief 9 vom 1. April 2003

Mit der Amtseinführung des neuen Präsidenten am 25.2.2003 ist es still geworden um Kim Dae Jung. Seine Amtszeit war zuletzt durch die Verwicklung von zwei seiner Söhne in Korruptionsskandale, deren Verurteilung zu Gefängnisstrafen und durch die Anschuldigung der Opposition, unter seiner Regierung sei das Gipfeltreffen mit Kim Jong Il im Sommer 2000 mit harten Dollar gekauft worden, überschattet gewesen. Der neue Präsident Roh Moo Hyun scheint die Politik seines Vorgängers fortsetzen zu wollen, allerdings gibt er sich dabei nicht als Ziehsohn Kim Dae Jungs, wie ihn die Opposition gern hinstellt, sondern er setzte gleich zu Beginn seiner Regierungszeit eigene Akzente. Nicht nur, dass er 4 Frauen in sein Kabinett berief, er hat sich auch mit der in der Geschichte Koreas bisher einmaligen Ernennung einer Justizministerin viele Feinde gemacht. Das Frau Kang Geum Sil auch noch als Reformerin bekannt und dazu erst 46 Jahre alt ist, brachte die gesamte koreanische Gesellschaftshierarchie in chaotische Aufregung und führte zum Rücktritt zahlreicher Staatsanwälte. Deren Ehrenkodex fordert einen Rücktritt, wenn der/die Vorgesetzte später graduiert hat, als die Mitarbeiter. Präsidenten Roh bescheinigte der Staatsanwaltschaft außerdem, dass sie „bisher der Macht gedient

hat und er die diesbezüglichen Praktiken beseitigen wird.“ Auch außenpolitisch ist Stress angesagt. Die unnachgiebige Haltung des amerikanischen Präsidenten Nordkorea gegenüber und der Irak Krieg, bringen die neue koreanische Regierung in eine Zwickmühle. Offensichtlich ist der Wille, die „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae Jungs weiterzuführen. Roh Moo Hyun versucht dabei eher noch größeren Wert auf die Eigenständigkeit Südkoreas den Amerikanern gegenüber zu legen, als sein Vorgänger. So äußerte er: *„Wir können in der Frage der nationalen Sicherheit nicht für ewig von den USA abhängig sein.“* Der amerikanische Verteidigungsminister konterte, indem er einmal laut nachdachte und dabei den Rückzug der amerikanischen Truppen von der Grenze am 38. Breitengrad in Erwägung zog. Unterschwellig herrscht gegenwärtig ohnehin anti-amerikanische Stimmung in Korea, daran ändern auch nichts die wenigen pro-amerikanischen Kundgebungen, die von konservativen Christen Koreas Anfang des Jahres medienwirksam inszeniert wurden. Auslöser war der Freispruch eines US Militärgerichtes, das zwei Sergeanten im November 2002 von der Anklage der fahrlässige Tötung freisprach. Sie hatten am 13.6.2002 nördlich von Seoul zwei 14 jährige Schülerinnen mit einem 50t Armeefahrzeug überfahren. Die Entscheidung des Gerichts hat eine Protestwelle in Korea ausgelöst und das anti-amerikanische Klima in der Bevölkerung angeheizt. So hängt z.B. in Jeonju, Nord Cholla Provinz, ein traditionelles koreanisches Restaurant ein Schild vor die Tür auf dem stand: *„Als Zeichen unserer Trauer für die beiden Mädchen haben Amerikaner keinen Zutritt.“* Dieses Schild hing nicht allein vor diesem Restaurant. Die Stimmung bessert sich auch nicht, nachdem US Präsident Bush am 27.11.02 eine Botschaft des Bedauerns nach Korea sandte. Bürgerbewegungen verlangten eine Entschuldigung von Bush und die Revision des bilateralen Vertrages (SOFA), der den Aufenthalt der US Armee in Korea regelt. Anfang 2003 waren 37489 Armeeeingehörige in Korea stationiert. Licherketten Demonstrationen sorgten wochenlang für Aufsehen vor der amerikanischen Botschaft in Seoul.

Die **Arbeitslosenrate** im Februar 2003 betrug 3.7%. 70% der über 700000 Arbeitslosen sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Dabei ist die Zahl derer nicht berücksichtigt, die aufgegeben haben Arbeit zu finden oder die sich qualifizieren, um so bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben.

Rundbrief 10 vom 27. Februar 2004

... Der vergangene Herbst war ein sehr heißer in Korea. Das hatte weniger mit dem Wetter, als mit der Lage im Land zu tun. Unter anderem hatte sich auch die Situation für die Migrant Worker dramatisch zugespitzt. Als wir am 19. November einen Sitzstreik auf dem Flur der Kirchenleitung der PROK begannen, ahnte niemand, dass wir dort bis zum Februar 2004 ausharren würden. Ich hatte damals die Idee, für diesen Rundbrief ein Tagebuch der Ereignisse zu schreiben, um so einen lebendigen Einblick in unsere Arbeit in einer ganz entscheidenden Zeit zu geben. Natürlich habe ich nicht damit gerechnet, dass dieser Bericht fast ein Vierteljahr umfassen würde und so ist manches vielleicht ein wenig ausführlich. Ich habe trotzdem nicht viel gekürzt, im Laufe der Wochen dann aber nur noch wesentliche Änderungen der Lage beschrieben, weniger die Stimmung. ...

Für mich ist das nun der letzte Herbst in Korea geworden. Der Gedanke daran ist bedrückend und macht mich sehr traurig. Ich gehe hier äußerst ungern weg ... Jonathan und ich haben am 26. Februar unseren siebenjährigen Aufenthalt in Korea mit einem zünftigen Essen gefeiert. ... Wir mussten leider im September noch einmal umziehen, da die neue Wohnungseigentümerin unsere alte Wohnung anderweitig nutzen wollte. Glücklicherweise haben wir ganz in der Nähe eine neue Bleibe gefunden und der ohnehin schon kurze Weg zur Schule ist nun nur noch halb so weit. ...

Weniger genussvoll sind die momentanen Temperaturen, vor allem, wenn es keine Heizung gibt, wie in unsrem Haus in Gwangju. Ich renne rum wie eine mutierte Zwiebel und verberge mich unter drei Lagen Kleidung. Der kleine Ölbrenner und die Elektro-Heizgeräte vermitteln nur die Illusion von Wärme. Lese ich am Monatsende dann aber die Heizkostenrechnung, fange ich an zu schwitzen. Alles hat seine Vor- und Nachteile. Dafür kann man bei den Temperaturen 200 Hühner, ohne dass sie verderben, auf dem Hausdach lagern und muss sich nicht extra ein Kühlhaus anschaffen. Die Bauern und die auf Geflügel spezialisierten Restaurants bleiben wegen der Vogelgrippe sprichwörtlich auf ihren Hühnchen sitzen. Davon profitiert unser Migrant Worker House, denn wir leben normalerweise von dem, was die Anderen wegwerfen. Da wir schon seit November 8 Arbeitsmigranten Kirchenasyl bieten und sie auch verpflegen müssen, kommt uns die kleine Spende wie gerufen.

Überwintern ist eine Kunst, davon können auch die Parlamentarier ein Lied singen. Im Parlamentsgebäude ist es sicher nicht kalt, aber von Mitte Januar bis Anfang Februar war Sitzungspause. Das wiederum lässt viele koreanische Parlamentsabgeordnete nicht kalt, denn dann läuft sich die Staatsanwaltschaft warm und verhaftet eiskalt wem immer sie Korruption oder Geldschiebereien nachweisen kann. Das gab es u.a. reichlich im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002. Da die verhafteten Politiker aus allen Parteien stammen, könnten die Abgeordneten die Parlamentsgeschäfte sozusagen auch im Gefängnis erledigen, versammelt sind sie jedenfalls dort. Der kluge Gesetzgeber weiß aber, dass es im Gefängnis kalt ist, und hat darum verfügt, dass während der Sitzungsperiode des Parlamentes Abgeordnete nur nach Zustimmung einer 2/3 Mehrheit des "Hohen Hauses" verhaftet werden dürfen. Das erspart vielen eine böse Grippe, stürzt Journalisten in ein "Winterloch", verzögert die Aufarbeitung der Korruption in Korea, gibt aber andererseits der Staatsanwaltschaft eine Schonfrist, die sie nutzen kann um in der nächsten Sitzungspause durch erneute Verhaftungen von Politikern zu rechtfertigen, warum man sie mit Steuergeldern bezahlt. Letzteres ist im Fall des Prozesses gegen Prof. Song Du Yul wohl kaum zu leisten. Noch platter kann man eigentlich nicht argumentieren. Außer einer vom Sicherheitsdienst zusammengebastelten Anklage, die auf dem realitätsfremden und gegen internationales Recht verstoßenden Nationalen Sicherheitsgesetz beruht, haben sie nichts in der Hand, dafür aber die Macht der konservativen Falken im Rücken. Die bevorzugen, ganz im Trend der momentanen Jahreszeit, Eiszeit statt Sonnenscheinpolitik. Die meisten von Euch werden den Prozess vermutlich verfolgt haben. Wer sich für Einzelheiten interessiert, kann auf www.freesong.de nachlesen. Seit Anfang Dezember beobachte ich den Prozess und schreibe ausführliche Berichte. Einen Teil kann man auf dieser Homepage nachlesen, darum sei der Fall

hier nur erwähnt.

Wie bereits erwähnt, geht es in diesem Jahr zurück nach "Old Germanien" und das heißt, dass ich eine Arbeit finden muss. Ich würde gern im Bereich der Migranten oder Ausländerarbeit weitermachen. Von einem Job, der mich auch weiterhin mit Korea verbindet, träume ich nur noch in den Tiefen meines Unterbewussten. Leider habe ich bisher nur nette Absagen bekommen. ... (Gem)einsam auf der Suche, in der Hoffnung etwas zu finden und mit herzliche Grüße aus Seoul,
Euer Jörg Baruth.



Pyong Hyang Shinmun
(eine Zeitung für
Professoren)

24. Dezember 2003

„Wort des Jahres 2003“:

„Hin und her gerissen
zwischen rechts und links“

Prof. SONG Du Yul:
„Meine Wahl ist:
,Es läuft auf das Gleiche
hinaus'.“

Die Menschenrechte im
Norden sind von
internationalem Interesse!
Deutscher Arzt schickt Radios
über die Grenze.

(gemeint ist Norbert Vollertsen, der
18 Monate in der DPRK lebte,
ausgewiesen wurde und seit ca. 2000
mit einer Kampagne
Menschenrechtsverletzungen in der
DPRK anprangert, u.a. mit dieser
Radioaktion)

Mit den Menschenrechten im
Süden läuft es auf das
Gleiche hinaus! Deutscher
Philosoph Habermas schickt
SONG Du Yul eine Bittschrift
nach Südkorea.